

---

Jürgen Walter

## Welche Bildung braucht Gesellschaftspolitik? Welche Gesellschaftspolitik braucht Bildung?

---



*Jürgen Walter, geb. 1945 in Münchberg/Oberfr., Ausbildung zum Maschinenschlosser und Tätigkeit in diesem Beruf, seit 1960 verschiedene gewerkschaftliche Funktionen, war seit 1982 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik und ist nach der Gründung der IG Bergbau, Chemie, Energie im Oktober 1997 im gHV für Organisation und Bildung zuständig.*

---

Alljährlich geben die Deutschen nach Schätzungen mehr als 400 Milliarden Mark für Bildung aus. Dies sind mehr als 10 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes. Mehr als jede zehnte Mark, die in Deutschland erwirtschaftet wird, wird somit für Bildung ausgegeben - eine unvorstellbare Summe. Etwa die Hälfte davon trägt der Staat. Je ein Viertel davon tragen die Wirtschaft und Privatinitiativen der Bürgerinnen und Bürger. Wie viele Länder auf der Erde mag es geben, die eine ähnlich hohe Summe für Bildung ausgeben (können)?

Trotz dieser gewaltigen Zahlen herrscht über den Zustand unseres Bildungssystems eine deutliche Unzufriedenheit. Andere Länder mit oftmals sehr viel niedrigeren Bildungsbudgets werden positiver bewertet. Die oftmals hilflos wirkenden Reaktionen der Politik werfen Fragen nach der Sinnhaftigkeit öffentlicher Bildung auf. Hat unsere Bildung den Anschluss an das Weltniveau verschlafen? Steckt unser Bildungssystem in der Sinnkrise? Welche unterstützende Rolle können die Gewerkschaften hierbei spielen?

Diese und andere Fragen leiten die folgenden Ausführungen. Vorweggeschickt sei, dass eine konstruktive und kreative Bildungspolitik für die Zukunft von allen Verantwortungsträgern Mut zur Findung ungewöhnlicher Lösungen, Durchsetzungskraft und Leidenschaft erfordert. Denn Bildung ist in einem Industrieland mit Zukunftsindustrien eine wichtige - wenn nicht gar die wichtigste Ressource - um den Anschluss an das Weltniveau zu gewährleisten. Somit ist Bildungspolitik ein zu wichtiges Thema, als dass man es im Sumpf technokratischer Diskussionen versinken lassen oder auf dem Altar von Ideologien opfern kann. In diesem Sinne ist Bildung eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

## Wandel der Bildung

Bildung unterliegt wie alles in der Gesellschaft einem permanenten Entwicklungsprozess. Dies ist eine Binsenweisheit und man sollte meinen, dass alle Bildungsverantwortlichen dieses Prinzip verinnerlicht hätten. Wer fährt heute, von Liebhabern einmal abgesehen, mit einem Oldtimer zur Arbeit? Wer schreibt heute noch mit einer Schreibmaschine, obwohl es leistungsfähige Computer gibt? Wer greift, wenn er es einmal probiert hat, nicht immer wieder auf die phantastische Welt des Internets zurück. Ebenso wie sich Technik, Organisation und gesellschaftliche Werte diesem Wandel anpassen müssen, muss dies auch Bildung tun.

Sieht man sich die Bildungspraxis an, vollzieht sich dieser Wandel jedoch viel zu zögerlich. Das oftmals prinzipielle Festhalten an überholten Bildungsidealen, an der Organisation von Bildung und manchmal auch am Standesdenken der Verantwortlichen behindern notwendige Reformen. Dies kann mittelfristig zu Wettbewerbsnachteilen des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich führen. Die ersten Vorboten sind bereits heute sichtbar.

Was muss moderne Bildung aufgreifen, um stabil und international wettbewerbsfähig zu sein? Am Beispiel der Begriffe „Technik und Denken in technisch-naturwissenschaftlichen Zusammenhängen“, „soziale Kompetenzen“ und „interkulturelle Kompetenzen“ sollen diese Anforderungen umschrieben werden. Natürlich müssen diese immer mit einer optimalen Organisation von Bildung und deren angemessener Dauer korrespondieren.

Auch wenn man bei internationalen Foren immer wieder Kopfschütteln registriert, es entspricht der Wirklichkeit: An deutschen Schulen fehlen Computer und es fehlt Lehrpersonal, das Kenntnisse im Umgang mit Computern vermittelt. Die Vermittlung entsprechender Kenntnisse ist oftmals auf das private Engagement von Schülern und Eltern zurückzuführen. Eine Folge davon ist, dass das Denken in technischen und naturwissenschaftlichen Zusammenhängen an unseren Schulen nicht ausreichend entwickelt ist. Dies macht sich bei den unzureichenden Zahlen von Studienbewerbern für technische und naturwissenschaftliche Fächer und bei entsprechenden Ausbildungsplatzbewerbungen bemerkbar.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir eine Offensive bei den Bildungsverantwortlichen, seien es Politiker, Lehrer oder Verbändevertreter, zur Förderung technischer und naturwissenschaftlicher Qualifikationen an den Schulen, aber auch zur Motivierung der Schüler, sich mit solchen Inhalten auseinanderzusetzen. Gerade bei dieser letzten Frage haben sich die Anforderungen an die Bildung gravierend gewandelt. Diesem Wandel muss Rechnung getragen werden.

Soziale Kompetenzen, also die Fähigkeiten miteinander umzugehen, haben in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung seit längerem einen hohen Stellenwert. Teamfähigkeit, Moderationsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und die Fähigkeit andere zu motivieren, sind nur einige Beispiele aus dem riesigen Spektrum der sozialen Kompetenzen. Sie müssen ebenso erlernt werden wie fachliche Qualifikationen. Im Rahmen beispielsweise von Projektarbeit oder von komplexen Teamlösungsprozessen sind sie unerlässlich. Der Fachmann, der sich nicht angemessen mitteilen kann, ist heute passé.

Die Konsequenz daraus ist, dass soziale Kompetenzen bereits in der Schule ausgebildet werden müssen. Projektarbeit und Teamlernen dürfen hier nicht die Ausnahme sein, sondern müssen zum Regelfall werden. Ganz nebenbei bemerkt würde dies auch bedeuten, dass die Organisation unserer Schulbildung nach Halbtags- und Stundenprinzip solchen Lernformen angepasst werden müsste. Dies ließe sich im Idealfall in der Ganztageschule umsetzen, die damit neben einer sozialpolitischen Alternative auch eine lernpolitische Weiterentwicklung wäre. Also muss auch in dieser Frage gehandelt werden.

Auch interkulturelle Kompetenzen gewinnen bei der zunehmenden Internationalisierung unserer Welt einen immer höheren Stellenwert. Damit ist nicht nur das Beherrschen von Fremdsprachen gemeint, sondern auch das Kennenlernen anderer Kulturen, aber auch das Verstehen dieser Kulturen. Für die einen sind bestimmte Arbeits-, Eß- oder Trinkgewohnheiten eine Selbstverständlichkeit, für andere wiederum wirken sie fremd und unverständlich. Wechselseitiges Verständnis kann man hier nicht mit traditionellem Sprachunterricht vermitteln, der das Erlernen von Vokabeln in den Vordergrund stellt. Vielmehr muss hier das Verständnis für Zusammenhänge, die Entwicklung von Toleranz und die Neugier auf andere Kulturen im Vordergrund stehen. Zudem würde damit der Nährboden für Rechtsradikalismus ausgetrocknet.

Vor diesem Hintergrund soll Bildung heute nicht mehr nur Wissen vermitteln. Durch das Internet und andere Medien entstehen immer neue Möglichkeiten, diesen Bereich in bestimmten Teilen abzudecken. Vielmehr soll Bildung heute auch dazu qualifizieren, Wege der individuellen Wissensaneignung zu nutzen. Dies könnte ein weiterer Schritt zu mehr Chancengleichheit in der Bildungspolitik sein.

### **Was heißt heute Chancengleichheit?**

Kaum ein Begriff ist in der Bildungspolitik so missverständlich diskutiert und interpretiert worden wie der der Chancengleichheit. Die einen sehen darin eine Art „Bildung von der Stange“, also eine standardisierte Bildung, bei der alle den gleichen Weg gehen müssen. Andere sahen darin lediglich die Schaffung von Bildungsstrukturen, deren Nutzung letztlich einem Freiwilligkeitsprinzip unterlag. Irgendwo dazwischen siedelte sich dann die Praxis an, die mit unzähligen Sonntagsreden zur Chancengleichheit immer wieder flankiert wurde und wird.

Gerade für die Gewerkschaftsbewegung hatte und hat die Chancengleichheit einen sehr hohen Stellenwert. Dies hängt unmittelbar mit der Geschichte der Arbeiterbewegung zusammen. Bildung war bis weit in die Zeit der Industrialisierung hinein ein Privileg, das wenigen vorbehalten war. Arbeiterkinder bekamen gerade so viel Bildung, dass sie damit das Notwendigste abdecken konnten. Jedes Mehr an Bildung brauchte politischen Kampf, der bis weit in das 20. Jahrhundert hinein dauerte. Mit der Zunahme des materiellen Wohlstandes stiegen auch die Bildungschancen der Arbeitnehmer. War der Besuch einer höheren Schule oder gar einer Universität früher Arbeitnehmerkindern schon aus materiellen Gründen verwehrt, ist dieser Missstand heute weitgehend überwunden.

Aber auch der Begriff der Chancengleichheit ist einem Wandel unterzogen. Vieles von dem, was wir vor 100 Jahren gefordert haben, ist umgesetzt. Viele neue Fragen, die in der Vergangenheit noch nicht bekannt waren, sind hinzugekommen. So gibt es hinsichtlich der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern nach wie vor einen großen Handlungsbedarf. Ausländische Mitbürger partizipieren oftmals sehr viel weniger an Bildung. Sieht man das Ganze in einem internationalen Zusammenhang, stellt sich gar die Frage, inwieweit die Bildung in einem nicht so wettbewerbsfähigen nationalen System nicht insgesamt zu Nachteilen führt.

Chancengleichheit muss jedoch auch in einem anderen Zusammenhang hinterfragt werden. Die drei klassischen Standbeine unseres Bildungssystems – Schule, Ausbildung, Hochschule – reichen immer seltener zur „Bewältigung eines Arbeitslebens“ aus. Das, was man inzwischen unter dem Schlagwort des lebenslangen Lernens zusammenfasst, tritt im-

mer mehr in den Vordergrund: die Weiterbildung. Weiterbildung sollte deshalb zur vierten Säule unseres Bildungssystems werden (was im Übrigen eine uralte gewerkschaftliche Forderung ist). Die Möglichkeit zur Teilnahme an Weiterbildung ist deshalb heute zu einem wesentlichen Element der Chancengleichheit geworden. Die Teilnahme oder die Nicht-Teilnahme an Weiterbildung entscheidet mittlerweile maßgeblich über die Qualität des Berufslebens.

Auch hier sind die Bildungsverantwortlichen gefordert. Es müssen neue Möglichkeiten zur Weiterbildung geschaffen werden. Hier müssen *gesetzliche ebenso wie tarifliche Möglichkeiten* ausgeschöpft werden. Beratungsstrukturen müssen bei der vorherrschenden Unübersichtlichkeit ebenso entwickelt werden wie die Förderung von Eigeninitiativen.

Einem Punkt kommt dabei aus gewerkschaftlicher Sicht eine ganz besondere Bedeutung zu: der Durchlässigkeit von Bildung und damit der Gleichstellung von allgemeiner und beruflicher Bildung. Es kann und darf nicht sein, dass heute Menschen, die einen qualifizierten Abschluss in der Berufsausbildung haben, die damit ebenso gute Voraussetzungen haben wie die Absolventen allgemein bildender Schulen, vom Hochschulzugang ausgeschlossen werden. Auch dies ist ein Eckpunkt einer neuen Chancengleichheitspolitik, der nicht nur von gewerkschaftlicher Seite verstärkt aufgegriffen werden sollte.

Bei einer neuen Politik der Chancengleichheit ist es deshalb notwendig, ideologischen Ballast über Bord zu werfen und bei den Bedürfnissen der Menschen anzusetzen. Die aktuelle Diskussion etwa um Einwanderung, die Greencard, sollte Warnung genug sein, dass mit einer bedarfsgerechten Bildungspolitik viele Probleme im Vorfeld hätten gelöst werden können. Viele peinliche Diskussionen, die in diesem Zusammenhang geführt werden, hätten so vermieden werden können.

### **Finanzkrise: Ende der Utopie einer neuen Bildungsreformpolitik?**

Herbert Wehner hat einmal gesagt: „Nur reiche Leute können sich einen armen Staat leisten; arme Menschen brauchen einen reichen Staat.“ Dieses Credo hat lange Zeit gewerkschaftliche Politik bestimmt. Die Finanzdaten der vergangenen 35 Jahre sprechen eine überdeutliche Sprache; der Staatshaushalt ist nicht reich (und wirkungsfähiger), er ist nur umfangreicher geworden und verliert dabei zunehmend seine Basis.

Der Staatshaushalt selbst wuchs von 1965 bis 1989 um insgesamt 350 Prozent von 64 auf 290 Mrd. DM, wobei die größte Steigerungsrate (bei einer Betrachtung von 5-Jahres-Intervallen) zwischen 1970 und 1975 bei fast 80 Prozent lag und seitdem - auch in absoluten Zahlen - sinkt. Markant ist jener Anteil des Haushalts, der für den Schuldendienst (ohne Tilgung) aufgebracht werden musste: Er stieg von 2,1 auf 11,4 Prozent; die Ausgaben selbst haben sich in 5-Jahres-Zyklen immer wieder (mindestens) verdoppelt und weisen somit eine drastisch höhere Steigerungsrate auf als der Gesamthaushalt. Anders gesagt: Der Staatshaushalt basiert zunehmend auf Neuverschuldungen und verbraucht dabei - wie in einem Teufelskreis - wachsende Anteile für die Zahlung der Zinsen.

Die Staatsverschuldung und die hohe Arbeitslosigkeit gehen eindeutig zu Lasten einer soliden und zukunftsgerichteten Finanz- und Ausgabenpolitik: Statt in die Zukunft der Menschen und der Wirtschaft zu investieren, müssen gewissermaßen „Altlasten“ bezahlt werden. Gleichzeitig öffnen sich finanzpolitische Scheren, denn zum einen müssen wachsende Aufwendungen für Schuldzinsen teils durch Neuverschuldungen gedeckt werden, und zum anderen bewirken hohe Arbeitslosenzahlen nicht nur wachsende Ausgaben für

	Westdeutschland	Deutschland		
	1965	1989	1991	1998
Schuldendienst (ohne Tilgung)	2,1 % 11,3 Mrd.	11,4 % 133 Mrd.	10,0 % 140,4 Mrd.	12,4 % 156,8 Mrd.
Sozial- und Arbeitslosen- versicherung	13,1 % 18,4 Mrd.	17 % 149,2 Mrd.	17,5 % 170,4 Mrd.	25 % 1129,6 Mrd.
Arbeitsmarkt- politik	0,1 % 10,8 Mrd.	3,1 % 19 Mrd.	4,3 % 117,4 Mrd.	7,5 % 132,9 Mrd.
Bildung	2,2 % 11,4 Mrd.	4,7 % 13,5 Mrd.	4,9 % 119,6 Mrd.	4,1 % 118,9 Mrd.

Arbeitslosengeld und -hilfe, sondern gleichzeitig verminderte Einnahmen bei der Lohnsteuer.

Der „reiche Staat“, den Herbert Wehner vor Augen hatte, war ein Staat, der wirtschafts-, finanz-, sozial- und bildungspolitisch die entscheidenden Weichen stellte. Allen Theorien von keynesianischer Wirtschaftspolitik und antizyklischen Investitionen zum Trotz ergeben sich aus den aktuellen Daten und Trends zwei unabwiesbare Prämissen:

Der Abbau der Staatsverschuldung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, um im Staatshaushalt wieder Mittel für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung zu haben. Gleichzeitig ist sie eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür, die steuerliche Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft zu reduzieren, um so die Nachfrage und das Wachstum zu fördern.

Gleiches gilt für den Abbau der Arbeitslosigkeit, um auch in diesem Bereich nicht nur den Staatshaushalt zu entlasten, sondern ebenso die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Unternehmen, die andernfalls mit wachsenden Abgaben an die Sozial- und Arbeitslosenversicherungen belastet werden.

In der Konsequenz schließt dies eine Senkung der Steuerquoten und -einnahmen, eine Reduzierung der Ausgaben und somit eine Minderung des staatlichen Anteils am volkswirtschaftlichen Geschehen ein. Mit anderen Worten: Die simple Gleichsetzung, dass mehr Staat zu mehr sozialer Gerechtigkeit verhelfe, ist an ihre Grenzen gestoßen.

### **Bildungsverständnis in der heutigen Zeit**

Weitere Rückschlüsse daraus lauten: Sozialstaatliche und somit auch gewerkschaftliche Vorstellungen stehen auf dem Prüfstand; staatliche Eingriffs- und Gestaltungsspielräume zur umfassenden sozialen Absicherung und Teilhabe stoßen an ihre finanziellen Grenzen; das Staatsverhältnis selbst sowie die Legitimation und Leitbilder staatlicher Politik befinden sich angesichts neuer Zukunftsherausforderungen im Umbruch. Gleichzeitig aber bleiben Grundfragen und Kerngedanken einer sozialen und somit humanen, am Allgemeinwohl orientierten Politik hochaktuell, und zwar als Bestandteil eines umfassend verstandenen Leitbildes der Nachhaltigkeit. Dieses Leitbild birgt die Chance, die „neuen“ Herausforderungen der Flexibilisierung, Dynamisierung und Effizienzorientierung zu verknüpfen mit „alten“ Fragen nach Lebensqualität, Partizipationsmöglichkeiten, Stabilität oder Interessenausgleich. Das Leitbild der Nachhaltigkeit weist eine Richtung, wie sich Deutschland im Rückgriff auf die historisch errungenen Stärken einer sozialen Marktwirtschaft für die Zukunft positionieren kann.

Klassische Maßnahmen staatlicher Einnahmen-, Ausgaben-, Ordnungs- und Regierungspolitik reichen nicht mehr aus, um solche zentralen Probleme wie die soziale Sicherung, den Abbau der Arbeitslosigkeit, die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums oder die Reform des Bildungssystems zu lösen. Das traditionelle hoheitliche Staatsverständnis allein wird der Komplexität einer sich zunehmend differenzierenden, dynamisierenden und auch individualisierenden Gesellschaft immer weniger gerecht. Somit verschiebt sich das Aufgabenspektrum staatlicher Politik und es ändern sich die Vorgehensweisen zur Umsetzung dieser Aufgaben:

Der „Versorgungs“-Staat	Der „aktivierende“ Staat
Regulative Maßnahmen	Kooperativ ausgerichtete Steuerung
Dirigistische Entscheidungen	Moderation von Verständigungsprozessen
Ordnungsrechtliche Einzelvorschriften	Grundwerte und -orientierungen
Ausdehnung staatlicher Einflussbereiche	Selbstbeschränkung auf Schwerpunkte

Ein Beispiel für die neue Form nicht nur staatlicher Politik, das nach großen Anfangsschwierigkeiten nun an Überzeugungskraft und vor allem an Wirksamkeit gewinnt, ist das Bündnis für Arbeit. Hierbei handelt es sich zweifelsfrei um einen der Kernbereiche, in dem sich die Wandlungsfähigkeit staats- und wirtschafts-, aber auch gewerkschaftspolitischer Lösungsstrategien und die Tragfähigkeit neuer politischer Ansätze erweisen müssen.

Ein anderer Bereich, der ebenfalls schon lange in der Diskussion ist und vielfach als Schlüsselbereich angesehen wird, ohne dass sich bereits neue Ansätze konsolidiert hätten, ist die Bildungspolitik bzw. die Bildungsreform. Auch dort wird sich die Rolle des Staates ändern (müssen), denn eine rein hoheitlich ausgerichtete Modernisierung des Bildungssystems ist schon lange an ihre Grenzen gestoßen. Bildungspolitik ist nicht länger nur Staatsaufgabe, und Bildungspolitik benötigt eine Vision, in welchem Gesamtzusammenhang und für welche Werte, Inhalte und Ziele sie steht.

Hier bedarf es ebenfalls eines neuen Leitbilds der Nachhaltigkeit, und zwar auf mehreren Ebenen:

- für die Positionsbestimmung innerhalb der unterschiedlichen Herausforderungen;
- als Verfahrensweise zum Umgang mit Anforderungen und Zielkonflikten;
- zur Herausarbeitung eines eigenständigen Selbstverständnisses.
- Hieraus lassen sich wiederum Rückschlüsse auf den Stellenwert ziehen, den Bildung für eine Nachhaltigkeitspolitik besitzt bzw. künftig besitzen sollte.

*Positionsbestimmung:* Die neuen Herausforderungen, die sich hinter Stichworten wie Globalisierung, Wandel der Industriegesellschaft, Flexibilisierung oder lebenslangem Lernen verbergen, ergeben für sich genommen noch keinen Katalog an formalen oder inhaltlichen Qualifikationen, der gewissermaßen im Verhältnis 1:1 aus diesen äußeren Faktoren auf das Bildungssystem übertragen werden kann. Vielmehr müssen die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen aus bildungspolitischer Sicht gewichtet und systematisiert werden. Insofern greifen Forderungen, das Bildungssystem des kommenden Jahrhunderts müsse allein den globalisierten Märkten oder den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien oder den sich wandelnden Herausforderungen der Arbeitsmarktes angepasst werden, zu kurz.

Keine Einzellösungen („one-way-best“), sondern nur die Berücksichtigung und Ausbalancierung verschiedener Anforderungen können komplexe dynamische Entwicklungen

angemessen auffangen. Benötigt werden „Leitplanken“ für offene Entdeckungs- und Lösungswege. Hieraus folgt: Die Entwicklung von Lehrplänen und Prüfungsverordnungen bis hin zu grundsätzlichen bildungspolitischen Entscheidungen müssen hinreichend offen und unter Einbeziehung verschiedener Anforderungen als Such- und Lernprozess gestaltet werden. Dies setzt eine Entbürokratisierung und die Stärkung der Eigenverantwortung aller Akteure bei der Umgestaltung der Bildungsinstitutionen voraus.

*Selbstverständnis:* Die Frage, an welchen Werten und Zwecken sich Bildung ausrichten und wie sie ihre Position und Aufgabe in der Gesellschaft definieren soll, führt allzu leicht in eine unproduktive Frontstellung: Muss das Bildungssystem wesentlich gesellschaftlichen Anforderungen genügen (und sind dies dann vor allem Anforderungen in wirtschaftlicher, in sozialer oder in anderweitiger Hinsicht?), oder bestimmt sich Bildung gerade im Hochschulbereich sehr viel mehr aus sich selbst sowie aus ethischen und wissenschaftlichen Fragen heraus? Ist Bildung, um es noch mehr zuzuspitzen, Infrastruktur, Dienstleistung oder Ressource für Entwicklungsprozesse, oder hat sie einen eigenständigen Wert und eine Orientierungsfunktion für gesellschaftliche Prozesse?

Führt man sich noch einmal die Zieldimension, Akteure und Vorgehensweise einer Nachhaltigkeits-Politik vor Augen, dann ergibt sich für das Bildungswesen eine vielversprechende und zukunftsweisende Positionsbestimmung: Bildungseinrichtungen sind bestens für die kooperativen Diskurse und die Such- und Lernprozesse geeignet, die zwischen den drei Akteursebenen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Hinblick auf die drei Zieldimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales stattfinden müssen. Erfolg und Effizienz von Bildungsinstitutionen werden sich also nicht an Kriterien des (Arbeits-) Marktes allein messen lassen, sondern vielmehr daran, inwieweit sie das Know-how, die Persönlichkeiten und solche vernetzte Arbeitsweisen hervorbringen, wie sie für eine nachhaltige Entwicklung erforderlich sind.

Um einen solchen Ansatz umzusetzen, stellen sich ganz neue Ansprüche nicht nur an Unternehmen und die Wirtschaftsweise, an staatliche Institutionen und politische Verfahrensweisen oder an die Formen, in denen gesellschaftlich mit Einzelinteressen und Zielkonflikten oder mit Fragen der Orientierung und des Zusammenhalts umgegangen wird. Diese neuen Herausforderungen geben wiederum Wissenschaft und Bildung einen ganz zentralen Stellenwert: Um lernende Organisationen im Sinne der Nachhaltigkeit zu schaffen, sind die Akteure in Politik, im Wirtschaftsgeschehen und in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit auf Wissenschaft und Bildung angewiesen, aus denen erst die notwendigen theoretischen und persönlichen Grundlagen erwachsen. Bildung erhält ihren Stellenwert über technische, wirtschaftliche oder arbeitsmarktpolitische Anforderungen hinaus vor allem aus ihrer zentralen gesellschaftspolitischen Bedeutung.

Die Gewährleistung einer zukunftsorientierten Bildung, die Entwicklung der hierfür erforderlichen Leitbilder und die Umsetzung der hierfür erforderlichen Reformen werden nicht vom Staat allein zu leisten sein. Vielmehr sind in den komplexen Wirkungszusammenhängen zwischen Bildungseinrichtungen, staatlichen Institutionen, Wirtschaft, Verbänden und nicht zuletzt den Gewerkschaften alle Akteure und Verantwortungsträger gefordert, neue Wege zu eröffnen.

### **Bildung als gesellschaftliche Aufgabe**

Vor diesem Hintergrund lautet das Ergebnis, dass Bildungspolitik heute in ihrer Komplexität eine Aufgabe ist, die weit über staatliches Handeln hinausgeht. Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Das bedeutet, dass alle Verantwortungsträger in der Gesellschaft sich an der Reformierung des Bildungswesens beteiligen müssen. Deshalb ist Bildung Gesellschaftspolitik. Dass Bildungspolitik heute, wenn sie wirkungsvoll umgesetzt werden soll, flexibel, durchsetzungskräftig und unkonventionell sein muss, ist hinreichend begründet worden. Dass Bildung, will sie den Anschluss an den Weltstandard nicht verpassen, zu einem zentralen Bestandteil der nationalen Zukunftsdiskussion werden muss, ist ebenfalls eine unumgängliche Konsequenz. Trotzdem bedarf es zur Umsetzung einer innovativen Bildungspolitik mehr als nur moderner Bildungsinhalte, moderner Bildungsorganisation und moderner Bildungsmethoden. Notwendig ist ebenso sehr eine Wertestruktur in der Bildung, die modernen Anforderungen genügt. Ebenso wie vor vielen Jahren Humboldtsche Bildungsideale die Bildungsphilosophie ihrer Zeit prägten oder das Schlagwort „Aufstieg durch Bildung“ in den frühen siebziger Jahren bestimmend war, benötigen wir auch heute Werte, die eine Identifikation der Menschen mit ihrer Bildung herstellen. An dieser Stelle gibt es einen erheblichen Nachholbedarf.

Abschließend sei noch erwähnt, dass Bildung für den einzelnen Menschen auch immer mit der Frage einhergeht, wie viel Bildung er oder sie sich leisten kann. Es geht also auch um die Bildungsfinanzierung. Selbstverständlich muss Bildung auch zukünftig - dies ist ein altes gewerkschaftliches Grundprinzip - für alle Menschen kostenlos und frei zugänglich sein. Aber auch hier müssen Grenzen gesetzt werden, weil die Ausweitung der Bildung nicht grenzenlos sein kann. Bildung, die über eine solide Grundversorgung hinaus geht, kann durchaus auch anders finanziert werden. In der Wirtschaft gibt es dazu bereits vielfältige Überlegungen und Modelle. Dieser Diskussion können sich auch die Gewerkschaften nicht verschließen. Für die Finanzierung von Bildung müssen ebenfalls neue Ideen entwickelt und gegebenenfalls neue Wege gegangen werden. Inwieweit Tarifpolitik hier zukünftig flankierend wirksam werden kann und soll, lässt sich noch nicht absehen. Diese Diskussion wird in den nächsten Jahren intensiviert werden müssen - ein weiterer Beleg dafür, dass Bildungspolitik heute ein viel breiteres Fundament benötigt, dass Bildungspolitik nicht mehr nur reine Fachpolitik, sondern in zunehmendem Maße Gesellschaftspolitik ist.